

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt Nr. 20, 1919).

Redaktion: Tageblatt Riesa.
Sammel-Nr. 20.

Geschäftsführer: Leipzig 21006.
Große Straße Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 211.

Freitag, 12. September 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Zusnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, durch unsere Rediger freil. Haus über bei Abholung am Postfach oder täglich 4.80 Pfst., monatlich 1.60 Mark. Ausgaben für die Nummer des Ausgabeblattes sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erreichen an bestimmten Tagen und Bildern wird nicht übernommen. Preis für das 24. Mai 1918: 20 Pf. ohne Bruchstückspauschalpreis (7 Silber) 40 Pf. Ortspreis 35 Pf.; zeitungsende und teuerlärliche Sack 50% Aufschlag. Nachweissungs- und Vermittlungsbürogebühre 20 Pf. Fest-Tarife. Benötigter Rabatt erhält, wenn der Letztag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Nutztragegeber in Konkurrenz steht. Sackungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verantwortliche Unterhaltungsbetriebe: Erzähler an der Elbe. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verkäufe oder der Versandbehörden — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Nachlieferung des Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reklationsdruck und Verlag: Sonner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arndt Böhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Höchstpreise für Schlachtshäfe.

Unter Aussicht der Verordnung über die Höchstpreise für Schafvieh vom 14. August 1918 (Staatszeitung Nr. 189 vom 15. August 1918) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 1918 (Staatszeitung Nr. 227 vom 28. September 1918) wird folgendes bestimmt:

Vom 16. September 1919 ab gelten beim Verkauf von Schafen zur Schlachtung ab Stall und Standort für 1 Rentner Lebendgewicht folgende Höchstpreise:

Klasse I: Vollfleischige Lämmer und Jägerlinge (Hammel und unge- lammte Schafe). M. 130.—

II: Vollfleischige und fette Matzschafe, leidende Lämmer und Jägerlinge 120.—

III: Magere und gering genährte Schafe, auch Stückböcke 100.—

IV: Minderwertige und abgemagerte Schafe 80.—

Höchstpreise werden in allen Klassen 20 v. H. niedriger als die übrigen Schafe bezahlt.

Die Feststellung des Lebendgewichts erfolgt am Standort der Tiere unter Aufsicht von 5 v. H.

Die festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Ihre Überbreitung wird nach der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 (B.R.V. 1918 S. 896) bestraft.

Dresden, den 10. September 1919.

Wirtschafts-Ministerium.

21704 VLA III.

9980

Fleischversorgung.

Der Kommunalverband wird für die laufende Woche

125 gr Rindfleisch für die Person über 6 Jahre,

62 gr " " unter 6 Jahre

zur Verteilung bringen.

Das Pfund Rindfleisch kostet M. 3.36.

Die Schlachtfeste Großenhain dat in der Woche vom 25.—31. August neben dem Konserventfleisch auch Frischfleisch zur Verteilung gebracht. Diese Frischfleismengen werden in der laufenden Woche gefüllt und durch Konserventfleisch ergänzt. Diejenigen Personen, welche in der Woche vom 25.—31. 8. Frischfleisch erhalten haben, werden diesmal mit Konserventfleisch beliebt und zwar mit:

100 gr für die Person über 6 Jahre.

50 gr " unter 6 Jahre.

Das Pfund Konserventfleisch kostet 5.80 M.

Großenhain, am 11. September 1919.

1822 V. Der Kommunalverband.

Butter und Margarine betr.

1. Der Buchstabe II der Speisefettkarte, gültig vom 15.—21. September 1919, darf mit einem Viertel Stückchen Butter beliebt werden.

2. Die Verpflegungsberechtigten erhalten gleichzeitig noch als Zusatz 50 gr Margarine zum Preise von 38 Pf. Der Kleinhandelsbundpreis für 1 Pf. beträgt 3.44 M.

3. Die Selbstversorger für Butter dürfen 100 gr Butter verwenden. Alle übrige Butter ist von ihnen an die örtliche Sammelstelle abzuliefern.

Vertliches und Sachliches.

Riesa, den 12. September 1919.

* Wiederzusammentritt der sächsischen Volkskammer. Sicherem Vernehmen nach ist der Wiederzusammentritt der Sächsischen Volkskammer für Dienstag, den 14. Oktober, in Aussicht genommen. Vom 20. September bis 4. Oktober liegt die Sächsische Landesregierung im Ständehaus.

* Der Sächsische Eisenbahnerverband hält vom 14. bis 16. September seinen ersten Verbandstag in Dresden ab. Außer Abänderung der Sägungen und Neuwahl des Gesamtvorstandes wird der Verbandstag das Streitrecht der Eisenbahner, die Wünsche des Personals zur Ummündung in Weißseisenbahnen, die Reform der Befordungsordnung und andere wichtige Fragen behandeln.

* Neben den Stand unserer Brotversorgung während des Übergangs in das neue Erntedoch im Vergleich zum vorigen Jahre führte ein Regierungsvertreter in der Sitzung des Pressebeirats beim Sächsischen Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft aus: Voriges Jahr seien die Ernte außergewöhnlich früh ein und die damaligen hohen Frühdruschprämien hatten eine starke Anreicherung zur Folge gehabt. Dieses Jahr dagegen ließ die Anreicherung von Brotsgetreide sehr zu wünschen übrig. Drei Gründe waren es, die zusammenwirkten. Einmal trat die Erntezeit spät ein, jedoch die Körnerfrüchte unmittelbar hintereinander eingebracht werden mussten, zum andern trug die Schub an der geringen Anreicherung der Weizenernte der Frühdruschprämie. Als dritter Grund muß die Freigabe des Haferds genannt werden, für den unmittelbar nach der Freigabe sehr hohe Preise gezahlt wurden, sodass die Handwerke den Haferdroschen und das Brotsgetreide zurückstellten. Am deutlichsten für die vorjährigen und diesjährigen Verhältnisse sprechen nachfolgende Zahlen aus verschiedenen Kommunalverbänden. Bauen ließerte beispielweise voriges Jahr bis zum 15. August 41 000 Doppelzentner an Brotsgetreide und dieses Jahr nur 1000 Doppelzentner ab. Kommunalverband Döbeln brachte im Vorjahr 32 000 Doppelzentner und dieses Jahr überhaupt nichts zur Ablieferung. Im Kommunalverband Flöha betragen die Ablieferungsmengen 1918/1919 nur 6 Doppelzentner. Großenhain brachte seit 68 800 nur 6700 Doppelzentner, Oschatz hat 45 000 nur 2800 Doppelzentner und Pirna hat 32 500 nur 1800 Doppelzentner auf. Während im vergangenen Jahr bis Mitte vorigen Monats alle sächsischen Kommunalverbände zusammen 818 000 Doppelzentner Brotsgetreide aufgestaut hatten, war ihnen dieses Jahr bis zum gleichen Zeitpunkt nur ein Ankauf von 12 700 Doppelzentner möglich. Überlegt man sich, daß die Verhältnisse im ganzen Reich die gleichen waren, kann man die Mönahme der Reichsgetreidestelle und mit ihr des sächsischen Reichsministeriums verstehen, die Frühdruschprämie auch für dieses Jahr nochmals einzuführen. Wenn die oben genannten Zahlen den gegenwärtigen Stand unserer Brotversorgung in seinem allzu rostigen Zustand erlösen lassen, so darf nicht zu schwars zu die Zukunft schließen werden.

den, da die gegenwärtigen Zustände nur als Übergangs- schwierigkeit zu betrachten sind, die sich beheben lassen. Wie bereits mehrere Kommunalverbände berichteten, ist nach Gewährung der Frühdruschprämie die Ablieferung von Brotsgetreide fühlbar besser geworden, und man hofft, in einigen Wochen einen Vorrat an Brotsgetreide zu haben, der uns über die schweren Wintermonate hinweghilft.

* Wolleneimweiz. Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums gelten vom 15. September 1919 an für Wolleneimweiz mit einem Fettgehalt von höchstens 88 v. H. für unverarbeitetes 107 M. und für gewürztes 125 M. für 50 Kilogramm als Herstellungspreis. Von den Kommunalverbänden werden, soweit Wolleneimweiz in ihrem Bezirk zum Verkauf gelangt, Höchst- oder Niedrigpreise für den Kleinhandel und nötigenfalls auch für den Großhandel mit Wolleneimweiz festgelegt und bekanntgegeben.

* Gröba. Der Stenographenverein "Gabelsberger" zu Gröba hielt am 31. 8. in seinem Vereinszimmer (Restaurant "Zur Wartburg") sein diesjähriges Vereins-Wettbewerbs.

ab. Es beteiligten sich am Schreibwettbewerb 22 Mitglieder.

Gezeichnet wurde in den Geschwindigkeitsklassen von 80 bis 180 Silben in der Minute. 19 der abgegebenen Arbeiten

wurden als preiswürdig befunden. — Beim Preis-Schnell-

und Richtigschreiben wurden 20 Arbeiten abgegeben, von denen 12 preiswürdig waren. Die besten Arbeiten in jeder Geschwindigkeitsstufe konnten mit Ehrenpreisen bedacht werden, von den Schön- und Richtigschreib-Arbeiten wurden 5 Arbeiten mit Ehrenpreisen ausgezeichnet. Das Ergebnis zeigt, daß innerhalb des Vereins zähe, eifige Arbeit geleistet wird und der Verein es versteht, das Wort seines Altmachers: "Die Stenographie soll Gemeingut aller Gelehrten werden," in die Tat umzusetzen. Dienstag, den 16. 9., abends 8 Uhr beginnt im Vereinszimmer (Restaurant "Zur Wartburg") ein neuer Ansänger-Kursus. Anmeldungen hierzu können ebenfalls noch bewirkt werden. (Siehe Anzeige.)

* Seehausen. Am Mittwoch vormittag ist in der bietigen Wölde ein Bäckermeister aus Stößt in das Röderwerk geraten, wobei er so schwere Verletzungen erlitten, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

* Leipzig. Anfang August erkrankte hier eine elfjährige Kassegesellschaft nach dem Genuss von felsigem Rübenkuchen. An den Folgen der Vergiftung, die durch das Backpulpa erfolgt sein sollte, starben zwei Personen. Wie jetzt bekannt wird, hat die Sektion der Leichen die Bestattung von Barathropus ergeben. — Gegen den Wohnungsmangel wendet sich der allgemeine Hausbesitzerverein zu Leipzig in einer Auflösung an die Vermieter und Mieter zur Teilung größerer Wohnungen. Der Verein geht dabei von dem Gedanken aus, daß es während der Herbstmesse möglich war, mehr als 100 000 Gäste in Leipzig zu beherbergen. — Beim Kassewärmen hatte eine Kassebewohnerin in Leipzig-Vilnau die Spülmaschine in die Nähe des Kochers gekettet. Der Spülitus explodierte und setzte die Kleider der Frau in Flammen, die lebensgefährliche Verletzungen erlitten. Ein Salz, der hessend eingesetzt wurde, erlitt ebenfalls schwere Verbrennungen. — 60 000 Mark abschwindet wurden einem bietigen Den-

Zwiderhandlungen werden nach Punkt 2 der Bekanntmachung vom 1. November 1917 bestraft.

Großenhain, am 10. September 1919.

294 h IV. Der Kommunalverband.

Auf Blatt 25 des Genossenschaftsregisters ist heute die am 14. Mai 1919 errichtete Rohstoffgenossenschaft der Schuhmacher-Innung zu Riesa, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Riesa eingetragen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinsame Einkauf von Rohmaterialien und Bedarfsartikeln für das Schuhmachergewerbe, sowie alle Unternehmungen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu fördern.

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma der Leiterin, gezeichnet von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern, und, wenn sie vom Aussichtsrat ausgehen, unter Rennung desselben, gezeichnet vom Vorsitzenden des Aussichtsrats. Die Bekanntmachungen erfolgen in der "Leipziger Schuh- und Lederverteilung". Gibt dieses Blatt ein oder wird aus anderer Gründen die Bekanntmachung in denselben unmöglich, so tritt an seine Stelle der "Deutsche Reichsanzeiger" bis zur Bestimmung eines anderen Blattes.

Die Haftsumme eines jeden Genossen beträgt 200 M. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt zwanzig.

Die Mitglieder des Vorstands sind:

1. Obermeister Carl Grohmann in Riesa.

2. Schuhmachermeister Paul Grohmann in Riesa.

3. Schuhmachermeister Paul Naden in Riesa.

Die Bezeichnung geschieht in der Weise, daß die Bezeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterchrift hinzufügen.

Zwei Vorstandsmitglieder können rechtsverbindlich für die Genossenschaft zeichnen und erklären abgeben.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Amtsgericht Riesa, am 4. September 1919.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Töpfermeisters Otto Camillo Schumann in Riesa wird nach Ablaufung des Schluhtermins hierdurch aufgehoben.

Riesa, den 9. September 1919. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 580 des Handelsregisters, die Baumwollspinnerei Riesa a. d. Elbe, Aktiengesellschaft in Gröba betr., ist heute eingetragen worden, daß der Kaufmann Willy Brunner nicht mehr Vorstand ist und daß der Ingenieur Wilhelm Bauer in Riesa zum Vorstand bestellt ist.

Amtsgericht Riesa, am 11. September 1919.

Auf Blatt 580 des Handelsregisters, die Firma Chemische Werke Strehla, Ges. m. b. H. in Strehla, ist heute eingetragen worden: Die Prokura des Heinrich Geßler in Strehla ist erlost.

Amtsgericht Riesa, den 10. September 1919.

Straßenperrung in Gröba.

Wegen Ausführung von Plasterarbeiten wird die Riesaer Straße von der Haltestelle bis zur Weitwache für allen Fahrverkehr für die Dauer der Arbeiten gesperrt.

Der Fahrvorleitze wird für die Zeit über die Schul- und Spinnereistraße verwiesen.

Gröba (Elbe), am 11. September 1919. Der Gemeindevorstand.

tisten für ein angeblich 8 Kilogramm schweres Stück Platin, das in Wirklichkeit wertloses Metall war. Die Betrüger (zwei Russen) sind unerkannt entkommen.

* Görlitz. Auf Anfrage wird von der Direktion des Lauterwerkes die Berliner Blättermeldung bestätigt, daß zurzeit Verhandlungen mit dem Reich scheinen. Wann sie zum Abschluß gelangen werden, ist noch unbekannt. Zurzeit sind insbesondere Erwartungen darüber im Gange, ob das Reich das ganze Werk, das noch seines endgültigen Ausbaues harbt, übernehmen wird. Das Lauterwerk beschäftigt augenblicklich zwischen 4000 und 5000 Arbeiter.

Wolfe Novembris tritt der Ausschuß wieder zusammen, um den Beweis zu erheben, ob ohne Gefährdung des Kohlenverbrauchs Deutschlands die Schichtstundensicht am 1. Februar 1920 einzuführen ist.

Die Schichtstundensicht im Bergbau.

Von den im Ausschuß zur Prüfung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebietes gestellten Anträgen haben die folgenden die Zustimmung des Reichsministers gefunden:

1. Die Reichsregierung wird vom Ausschluß gebeten, an die anderen Mächte mit dem Vorschlag heranzutreten, sofort eine internationale Beschlusssitzung über die Ausführung der Schichtstundensicht im Steinkohlenbergbau unter Tage herzuführen.

2. Der Ausschluß wird vom Reichsminister mit den bisherigen Beurteilungen in Vermanenz erklärt. Er prüft fortlaufend nach lösungsfähige Ausschüsse, ob auf den Bedenken und von den Verbündeten alle technischen und sonstigen Vorbereitungen zur Einführung der Schichtstundensicht getroffen werden.

Wolfe Novembris tritt der Ausschuß wieder zusammen, um den Beweis zu erheben, ob ohne Gefährdung des Kohlenverbrauchs Deutschlands die Schichtstundensicht am 1. Februar 1920 einzuführen ist.

Ein neuer großer Metallarbeiterstreik.

Wie die "B. B. o. M." meldet, sind die seit Monaten währenden Verhandlungen über die Neuerteilung von Tarifen für die Großberliner Metallarbeiter unterbrochen worden. Das Reichsarbeitsamt habe vergeblich versucht, die Gegenseite zu überreden. Damit sei die Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks wieder nahegez

实验动物学报

THE NEW YORK TIMES is the

(Continued from p. 8, October 1912.)

Weltkritik an dem Verein für Weltbildung und Kunstsammlung in Riesa. Der Verleger des Herrn Doen führt aus, daß die Schriftleitung des Vereins auf Veranlassung des Gewerkschaftsbundes Riesa erzielt sei. Sowohl des Vereins ist es, alle bestehenden Erziehungen auf dem Gebiete der Kunst und Kultuswissenschaft, sowie geistiger und körperlicher Pflege zusammenzutragen und auf eine breite Grundlage zu stellen, um den wachsenden Bedürfnissen aller Kreise der Bevölkerung Riednitz zu tragen und somit zum Fortschreiten kulturelles unseres Volkes beizutragen. Nach Einschätzung, wir welche bei Jahresbeitrag 5 M. betrage, könnten auch Vereine, Akademien und Organisationen die Beitragspflicht erwerben, wenn z. B. die Stadt Riesa bereits Gebrauch gemacht habe. Der Betrieb soll nicht, das der Verein in erster Linie Geschichtlich-ethnischen müsse, um vor allem erst einmal die vorliegenden Gedanken aus dem Felde für das notwendige Werthandeln der Riednitzerinnen heranzubringen. Willst du deinen und Deinen Zusammensetze mit der Bevölkerung austauschen. Der Gemeinderat befürchtet, die Gemeinde Gräfenhain tritt dem Verein als Mitglied bei mit einem Jahresbeitrag von 250 M. Die Bekanntmachung der Wahl von Vertretern für die Gewerkschaftssammelungen des Vereins beschließt man dem Einschluß für Weltbildung und Bibliothekswesen zu überlassen.

2. Versuch der Mfz.-Ges. Laufhammer um
Weiterbetrieb der Werkstattne. (Bericht-
erstatter Herr Freudenberg.) Der Verwaltungsrat schlägt bei
Bürgen den nicht zu erledigen und das Kollegium stimmt dem
Vorhaben einstimmig zu.

8. Durch Herrn Ortsbaumeister Langer werden die vom Bauausschuss beschlossenen Vergabeungen der Gründungsentwälzeungen, Einfriedungen sowie Gas- und Wasserleitungs-Bausanfälle für die 1. Gruppe der Kleinwohnungsbauweise Vertrag geschlossen. Rottenanfälle haben eingeschränkt die Namen Bänder, Schneidler, Förster, Helm-Stiegl, sowie Oettmeier-Werba. 1. Über Gründungsentwälzungen liegen den Preisforderungen zwischen 8480,50 und 9000,- Mr. Der Auftrag wurde Herrn Baumeister Bänder zum Betriebe von 8480,50 Mr. erteilt. 2. Haushaltsanlage und Heimfördersanenschluß. Riedrichte Preisforderung 6618,50 Mr., höchste 7285,- Mr. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Förster zum Betriebe von 6618,50 Mr. 3. Riedgruben im Fensterbeton. Riedrichte Preisforderung 1500 Mr., höchste 1700 Mr. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Helm zum Betriebe von 1700 Mr. 4. Hofbefestigung. Riedrichte Preisforderung 3295 Mr., höchste 3825 Mr. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Bänder zum Betriebe von 3295 Mr. 5. Erdgängelbau für die Hofeinfriedigung. Riedrichte Preisförderung 1218 Mr., höchste 1736 Mr. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Hennig zum Betriebe von 1218 Mr. 6. Viehdistanzinfriedigung. Riedrichte Preisförderung 1644,75 Mr., höchste 2000,- Mr. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Hennig zum Betriebe von 1644,75 Mr. 7. Bergartenselbstbefestigung. a) Goedel und Edulen. Riedrichte Preisförderung 4502 Mr., höchste 7082 Mr. Auftragserteilung

4. Genehmigung erteilt der Gemeinderat zur Gewährung von Abfindungsabnahmen an Diensthermeister Günther, zum Wege von 1000 M., auftragserfüllung an Herrn Baumeister Hennig zum Wege von 4592 M.; b) Battenhausen. Riedrichtige Preisförderung 3750,50 M., höchste 6216.— Mr. Auftragserfüllung an Herrn Baumeister Hennig zum Wege von 8759 M., g) Gartenanlage. Riedrichtige Preisförderung 8472 M., höchste 5270 M., Auftragserfüllung an Herrn Dutzstein, Gröde, zum Wege von 8472 M. Die Hausschlüsse für Gas- und Wasserleitung werden bei Ja. Sperré in Dresden zum Wege von 2280,80 M. übertragen. Der Gemeinderat tritt dem Be- schlusse des Bauaufsichts am einkommis bei.

5. Gesuch der Gemeindebeamten und Angestellten um Gewährung einer einmaligen Leistungssumme. (Berichterstatter Herr Oern.) Der Verwaltungsausschuss hat zu seiner endgültigen Entschließung kommen können und überlässt diese dem Kollegium. Aufgabe einer erneuten Eingabe des Beamtenausschusses über eine grundsätzliche Regelung der Frage beschließt der Gemeinderat, das Gesuch zur nochmaligen Beratung an den Verwaltungs- und Finanzausschuss zu verweisen.

8. Gesuch der Glücksäthen um Erhöhung der Entschädigung. (Wahlstettener Herr Freudenberg.) Die Glücksäthen bitten um Erhöhung des Lagerverdienst von 12 Kr. auf 15 Kr. unter Hinweis auf die mit dem Dienste verbundene Lebensgefahr und erhöhte Anzahlung der Kleidung und wünschen ferner einen freien Sonntag im Monat. Die Kontrolle durch den Schuhmann Viebing habe ergeben, daß der Dienst gewissenhaft versehen werde. Die Wehrausgabe würde sich für dieses Jahr auf 200 Mark belaufen. Herr Horn verspricht nun von der passiven Ueberlassung von Grabnugungen an Kleinviehhalter, womit bereits der Anfang gemacht worden sei, eine Verringerung der Geldbedürftigkeit. Der Gemeinderat beschließt, dem Gesuch stattzugeben.

7. Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Gemeindevertreter und Auskunftsmitglieder. (Belehrerstatte Herr Mödös.) Nach dem Gesetz sei die Gewährung der genannten Entschädigungen zulässig. Viele Gemeinden, bei denen Diskussionen gehalten wurde, haben von dem Gesetz bereits Gebrauch gemacht und diese Befreiung genehmigt. Andere nehmen noch eine abwartende Haltung ein. Der Verwaltungsentcheid empfiehlt, die Entschädigung an die bestellten Vertreter zu bewilligen und zwar für jede Voll- und Auskundung je 2 RR. Der Ausfall von Arbeitsverdienst ist besonders zu berücksichtigen. Die Wahrnehmung erfordert für die Gemeinde eine Beprägung von jährlich 3000 Minuten. Herr Dentzel weiß darauf hin, daß bei der geistigeren Arbeitsteilung der Gemeindevertreter besonders auch durch die zahlreichen Auskundungen, die oft eine Dauer von ½ Tag und mehr in Anspruch nehmen und in der Regel nicht selten auf 20–25 Stunden führen, von einer ehrenamtlichen Tätigkeit wohl nicht mehr gesprochen werden könnte und eine Entschädigung wohl gerechtfertigt erscheine, was die Einwohnerzahl gewiß auch unterstreichen werde. Er betont, daß der Vorschlag des Auskundes noch dahin zu erweitern, daß Auskundungen, die eine längere Dauer als 8 Stunden beanspruchen, mit 4 RR entlohnt werden. Herr Doen ist der Meinung, daß bei dieser geringen Entschädigung der ehrenamtliche Charakter nicht verloren gehe. Nach einer weiteren zustimmenden Erklärung des Herrn Gemeindevorstandes Hans und Westphal erfolgt einstimmige Annahme der Vorlage mit dem Zusatzes des Herrn Dentzel und mit Wirkung vom 1. Oktober b. 3.

8. Beschlusstafung über die Wahl von Gemeindebeamten. (Berichterstatter Herr Wimbs.) Als der Gemeinderat sich zu Anfang des Jahres auf eine demokratische Gründungsfeier getroffen hatte, sei die Stellung der damaligen Gemeindebeamten unzulässig geworden. Diese hätten aus den Werbaktionen die Konsequenzen gezogen und ihre Amtsberufe abgelegt. Eine sofortige Erlasswahl aber habe man bis zu diesem heutigen Tage nicht durchgeführt.

W. Hennens nimmt der Gemeinderat von einer Mitteilung des Herrn Gemeindeworstand Hans, daß die allgemeine Mattenverarbeitung in der Gemeinde einen Kostenanwand von 718.40 Mark verursacht habe, wovon 198.40 Mark auf die Gemeindestafe entfallen und der Rest von den Grundstücksbesitzern eingehoben wurde. Herr Daniels erklärt, daß der Erfolg des Unternehmens nicht in vollem Maße befriedige.

10. Mitteilungen und Anfragen. Herr Gemeindevorstand Hans gibt bekannt, daß mit der sogenannten Überwachung des Rittergutes Mergsdorf Herr Kaulwe betraut worden sei. — Von der Amtshauptmannschaft ist mitgeteilt worden, daß der vom Gemeinderat bei Beratung des Haushaltplanes gegen 7 Stimmen gefaßte Beschluß, Herrn die Ablehnung der Wiedenreuter, unangebracht sei. Herr Schmidt erklärt hierzu, es sei zu erwarten gewesen, daß die Amtshauptmannschaft mit dem Gemeinderat in dieser Frage Verhandlungen anbahnen würde. Die Art und Form der Behandlung müßte zur Kritik herausfordern. — Der Verwaltungsausschuß hat einem Gelüche des Fleischbeschaffers, Herrn Städler, stattgegeben, die Entschädigung für Arbeitseinsatz, welche lediglich im Jahre 1908 festgestellt wurde, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen und zwar: für Werk auf eines Kindes von 5 auf 3 Wit., eines Schweines von 3 auf 5 Wit., eines Kleinvieches von 1.50 auf 2.50 Wit. und eines Fleischstückes von 2 auf 5 Wit. Die Gehälter der Fleischbank an die Gemeindekasse werden auf 10% des Gelöbes festgesetzt. Der Gemeinderat stimmt dem Beschlusse zu. — Herr Dannenreiter fragt an, ob der ausständigen Stelle haben zu wünschen, daß der Fischvertrag des Ortes in diesem

labee wieder der Gemeinde zugeführt werde. —
Herr Berger fragt über die mangelhafte und ungenügende Fleischversorgung der Familien in der letzten Woche unter Hinweis darauf, daß diese in den Amtsbaupräsidenten Olsack und Weissen bestrebt sei. Beim Grundungsanschluß der Amtsbaupräsidenten Olsack müsse um Hilfe nachgefragt werden. Herr Dannes als Mitglied des Grundungsanschlußes steht mit, daß diese Frage in den Sitzungen erörtert werden sei. Es sei erklärt worden, daß durch weitere Eintritte in den Fleischverband zur Bereitstellung von Fleischstücken unverzüglich und zu einem geringen Preis eine Belieferung vertragter Gewerbe über bestrebt werde. Die Belieferung vertragter Gewerbe über bestrebt werden. Eine Eingabe an die Amtsbaupräsidenten Olsack im Sinne dieser Unregelmäßigkeit soll eingerichtet werden. — Auf Anregung des Herrn Dorn soll an die Amt.-Wei. Baumschmiede und Baumwollspinnerei, H.-G., das Gründen gerichtet werden, für ihre zahlreich von auswärtigen bezahlten Arbeitern Wohnungsbau zu leisten, um den drohenden Mangel an Wohnungen nicht noch auszubreiten zu lassen. — Zur Befriedigung der in der Gemeinde befindlichen Flüchtlinge nach Warten an Lagen empfiehlt Herr Dannes weitere Parzellen für diesen Zweck heranzuholen, so daß gegebenenfalls die Seite am Gesamt einen Verlust auf eine Anfrage des Herrn Büttner erklärt. Der Gemeindeschuldhof Dorn, daß der Bauausbau nicht geplant habe. Überlegungen an dieser Stelle zu machen, sondern es handelt sich nur um parzellieren, weil das angekündigte Land der voll. Selbstversorgerförderung freigehalten werden soll. Mit der Angelegenheit soll hier der Bauausschuß nochmals einleidigen. — Herr Berger heißt die Amtsbaupräsidenten der Selbsthilfspflegeverbände Wiesbaden eine Tätigkeit zu nehmen wird. Herr Gemeindeschuldhof Dorn verzahnt bei dem Vortrag mit.

erstand Hans erwidert, daß die Genehmigung der Verbandsabgabungen noch ausstehen. Gentzel ruft Oett-
vern an, die Steuerabgabe, soweit sie bisher von
Herrn Bürgermeister ausgestellt wurde, dem Kreisstaats-
sekretärsauschub mit zu übertragen, um eine ungleiche Be-
handlung, wie solche bisher zu beobachten war, aufzu-
halten. Von Herrn Bürger und Leon Berger werden
entschuldigte Sätze über ungleiche Behandlung der Kreisstaat-
sekretärsabgaben mitgeteilt. Von Otto Berger wird gewünscht,
neue eigene Steuerabgängerin für Weißensee anzustellen. — Herr
Kattmann bittet um eine mildeste Behandlung der Steuerabgaben
und Empfehlung der Steuerabgängerin besonders für Weiß-
ensee, welche Herrn Berndes wegen Erfahrungswert zu verlei-
hen wünschen. Herr Gemeindereferent Götz erwidert, daß die
Abgabefristen für die Steuerabgabe ausdrücklich festgesetzt sind, und er beto-
nnt, daß jetzt etwas einzufordern sei hätte im Augen-
blick keine Rücksicht genommen werden zu wollen.
Der Gesamtbau wird bewilligt, die Umsatzsteuer wird ge-
zahlt. Herr Gentzel willt davon jemals nichts.
Durch den großen Wohlstand erhält er gleich einen ganzen Güterzug Reichtum und Erfahrung, ohne
darauf zu verzichten, daß sie bereits bisher Kreisstaatssekretär mit
benannter Stelle in Verbindung standen wenn Lieber-
höheberg den Urteilssatz erläuterte an die Kreisstaatssekretäre.

Denkt man darüber nach, so kann es nur voneiner sehr kleinen Gruppe von Leuten bestehen, die sich auf die Erstellung eines solchen Werkes konzentrieren und an jedem Teil dieses Werkes handeln müssen, um es erarbeiten. Und um die Erstellung eines solchen Werkes zu ermöglichen, ist eine Zentrale notwendig, die alle diese Leute zusammenführt und die ihnen die Voraussetzung für die Arbeit gibt. Es ist also eine zentrale Organisation, die alle diese Leute zusammenführt und die ihnen die Voraussetzung für die Arbeit gibt. Es ist also eine zentrale Organisation, die alle diese Leute zusammenführt und die ihnen die Voraussetzung für die Arbeit gibt.

Gad'sville Seminary.

Reported by Harry Gruening, on 11 September 1919.

Neuste Nachrichten und Telegramme

over 12. September 1918.

Meldungen der Berliner Morgendächer.
)(Berlin. Seit „Sofalangeiger“ haben die Besatzer Besprechungen über den Wiederaufbau zu einem Abkommen über die Entfernung von bewaffneten Verbündeten geführt. — Nach dem „Sofalangeiger“ wurden bei einer Explosion im Bombenlager von Gramagno 21 österreichische Gefangene und 10 italienische Soldaten getötet. — Die nach dem Schloß Klein-Göring in Überleben übergetriebene Orientierungslinie wurde laut „Sofalangeiger“ in der Nähe des Schlosses ein politisches Denkmal jenseits der Grenze bestehen, es wurde jedoch niemand verletzt. — Eine Konferenz von Funktionären des allgemeinen Eisenbahnerverbandes forderte nach dem „Sofalangeiger“ eine Entschließung, in der es heißt: Die Eigenart der Eisenbahneraristuren läßt jedes ehrliche Arbeitnehmerverein zu unzulässige erscheinen. — Seit „Voss-Zeitung“ wurde in Minuten amtlich bekanntgegeben, daß dort ein Mann aus einem auf dem Hof der Zirkusfamilie lebenden Gefährten, daß er selbst geladen hatte, einen Jagdschuh auf die Kaiserin abgegeben hat, durch den ein Artillerist und zwei Pferde getötet wurden. Der Mann wurde von Anhängern der dort untergebrachten Reichswehr verhaftet. Es steht noch der sofort aufgenommenen Untersuchung fest, daß ein Anschlag auf die Kaiserin gespielt war. Wahrscheinlich sollen die in der Nähe liegenden Munitionswälle zur Explosion gebracht werden. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Originaltext des bewaffneten Verhandlungsaussprachs vom 18. Juni 1897 nebst einem aus geheimen Aufschreitprotokoll. — Nach den Morgendätern sind in letzter Zeit mehrere französische Offiziere, darunter auch ein Sohn des Generals Andlauer, nach Frankreich verübt worden und zwar wegen einer intensiven Bevolligung an dem Saarbezirk des Schieberhandels. Besonders in Zeit und Weise wurde viel nach dem rechten Rheinufer verschoben.

Die Geißglocken bei Cava de' Tirreni.

)(Berlin. In einem zweiten Artikel berichtet der ehemalige Staatssekretär des Neuherrn Herr v. Hinke über ein Gespräch, das er im April 1919 mit Ludendorff hatte. Hinke erklärt dabei, er habe gehört, daß Ludendorff in seinem Werk zu jüdischen Verständigungen, es hätte schon Witte August Friedensschritte angeregt aber dazu gebracht; einer solchen Darstellung würde er nicht zustimmen können. Im Bericht der Erörterung hierüber habe Ludendorff gehabt, er wolle sein Buch davon durchlesen und es eventuell publizieren. Herr von Hinke bestreitet dann, daß Ludendorff am 18. August gefragt habe, durch Vertheidigung eines Landes es nicht zu erreichen, den Feind Friedenswillig zu machen; wie müßten demnach die Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege verbeschließen. Hinke führt aus, es kommt ihm so vor, als ob nach jemand gesucht würde, der den Umschwung vom Siegeszuberlich zum Gattenkulturbüroverlangen auf sich nehmen sollte, und als ob man glaube, dieses faulige Haupt in ihm gefunden zu haben. Dagegen wehrt er sich. Weiterhin bestreitet er die Richtigkeit der Behauptung Ludendorffs, daß das Friedensangebot des Grafen Hurian der Obersten Heeresleitung erst am 8. oder 9. September bekannt geworden sei. Hinke erklärt, daß die Oberste Heeresleitung schon Ende August verständlich über das Friedensprojekt unterrichtet worden sei und schreibt: Viel wichtiger als diesen Irrtum nachzuweisen, ist mit die Folgerung, daß General Ludendorff aus und über dem Ott und der betreffend die Kuriennote und unseren Plan Gelegenheit und Anlaß gegeben hat, wenn es ihm mögig erschien, zu sagen: Dein Tempo entspricht nicht der Verstärkung der Kriegslage, welche Dich! Das ist nicht geschehen. Ich kann bislang nicht finden, daß Herr General Ludendorff irgendwie erriet, was sei geschehen. (Siehe auch unter „Deutsches Reich“)

Wiederholungsklausur im ersten Semester.
Vorlesungen sind am Montag und Dienstag

Die Güterzugdienst vollkommen null. Ein Zugreisung noch aus ist blieb ohne Lokomotive am Bahnhof stehen. Es erkanntet, daß, wenn die Förderungen der Lokomotivführer nicht binnen 14 Stunden bewilligt werden, das ganze Personal bei einer Leistungsfähigkeit liegen den Streik erläutern.

Die Wirkung der Mutter.

* Beizlin. Bei der Reichstagswahl war die Unten-
ste geboren 140 zur letzten Wahlperiode noch nicht eingetragen.
Um Satz 1 des Beurteilungssatzes schaffte das Urtheil der
Unternehmenskammer für Überträgerin vom Kindswählerigen Wirt
wirksame Wirkung.

Geometrie und ihre Funktionenformeln.

W. E. Beckham. Dieser "Telegraph" meldet die "Times" in Ottawa, daß auf den Debatten im kanadischen Parlament erfordert ist, daß die Opposition das wahrscheinlich längst, den Währungsvertrag ohne Zustimmung angenommen. Die Oppositionsbündner wollen beweisen, daß die Partei des kanadischen Parlaments entsprechenden Willen hätte, da fand Sonnabend ohne seine Zustimmung in einer Sitzung beschlossen werden könnte. Außerdem fragt man,

Verband Deutscher Eisenbahner

Gesangsgruppe Riesa.

Sonntag, den 14. September, findet in den gesamten Räumen des Hotels zum Stern in Riesa ein

Abend für die Kinder der Mitglieder

Riesa. Gemein der Kinder 12.30 nachm. an der Gibelscheide (ältere Seite). Der Festtag beginnt pünktlich 12.45 nachm. und endet. Das Unterhaltung aller Art für alte und junge ist schon geplant. — Von nachmittag 4 Uhr ab findet im großen Saal für Knabentanz

feiner Ball

Reit. Ihr gütigen Spruch bittet
der Schankbank, etc. Modernik.

Vortragssitz.

12 öffentliche religiöse Vorträge

Gott zum Gott, Riesa.

1. Versammlung Dienstag, 16. Sept., abends 8 Uhr.
Rüdiger's. Annonce am Connaisseur.
Freie Chr. Gottschalk.

Hotel zum Stern.

Sonnabend, den 18. d. M., abends 10 Uhr

Tanzkränzchen

der Arbeitskolleg des Artillerie-Depots Riesa. Angehörige und Gäste herzlich willkommen.

Der Brigade-Nachrichten-Park 19, Nebenlager Zeithain
lädt hierdurch alle Freunde und Bekannte zu seinem am

14. September im Gasthof zu Wergendorf stattfindenden

Abschiedskränzchen

an. — Der Veranlagungsabend.

Turnverein „Frischau“ Heyda.

Sonntag, den 14. 9., findet unter diesjähriges

Stiftungsfest

mit Schauturnen

holt, woan Gäste und Gönnner herzlich willkommen sind. Für gute Unterhaltung bestens gesorgt. Anfang des Turnens 10 Uhr. — Der Vorstand.

Gasthof Pochra.

Sonntag, den 14. September, von nachm. 4 Uhr an
Öffentliche Ballmusik.

Freundlich lädt ein

G. Horn.

Neues Parlett.

Neues Parlett.

Gasthof Dößlitz.

Neues Parlett.

Neues Parlett.

Gasthof Mautitz.

Sonntag, den 14. September
Grüntest mit Ballmusik
— Anfang 4 Uhr —
nun Stadt und Land freundlich einlädt. Aug. Rüber.

Gasthof Stößitz.

Sonntag, den 14. September
Öffentliche Ballmusik
(Anfang 6 Uhr), wozu freundlich einlädt G. Möller.

Für die aus Unlos unserer Vermählung

dargestellten Glückwünsche, Blumenkunden und fröhlichen Geschenke liegen wir zugleich im Namen unserer Eltern hierdurch herzlichsten Dank.

Sanger, Golzsch, im September 1919.

Max Krebschmar und Frau

Ella geb. Beutig.

Burzügelebet vom Große meines lieben Gatten, unseres guten, treuvergessnen Vaters, Groß, Schwiegervaters und Onkels

Ferdinand Beier

sagen wir allen Verwandten und Bekannten für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den reichen Blumentafel, sowie für die trostreichen Worte am Grabe und den erhabenden Gesang unterm traurigen Dank. — Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein „Gute Dank“ und „Ruhe sanft“ in Dein stills Grab nach.

Gaufitz, 10. September 1919.

In tiefer Trauer

Amalie verlo. Beier nebst Kindern und Verwandten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir bei dem Heimgange unserer teuren Entkleideten, Frau

Amalie Burkhardt

geb. Oans erfahren haben, sagen wir allen untern herzlichen Dank.

Riesa, Sachsen, Dresden, Fürth (Bayern),

Görlitz, Leipzig, den 11. 9. 19.

Die trauernden Eltern lieben.

Theater in Riesa.

Hotel Höpfner.

Städtebund - Theater

Künstlerische Zeitung: Hermann Rudolph
1918/1919 Spielerleiter an den Städt. Theatern in Leipzig.
Sonnenabend, den 18. September 1919

abends 10 Uhr
Spielzeit Prof. Adolf Windfuhr, ehemaliger Oberspielleiter an den Städtischen Theatern in Leipzig:

Ein Wolfsfeind

Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange. — Spielleitung: Alfred Wöhrel vom Schauspielhaus in Leipzig.

Hauptdarsteller.
Prof. Adolf Windfuhr von den Städtischen Theatern in Leipzig, Hermann Rudolph von den Städtischen Theatern in Leipzig, Gustav Trenker vom Stadt-Theater in Riga, Martha Paulus vom Stadt-Theater in Bern, Otto Schlaeger vom Bürger-Theater in Wien.

Preise der Plätze:

Im Vorverkauf:	Am der Abendkasse:
Spieltag (num.) M. 8.—	Spieltag M. 8.25
1. Bloß . 2.—	1. Bloß . 2.25
2. Bloß . 1.50	2. Bloß . 1.75
Galerie . 80	Galerie . 1.—
Vorverkauf in der Buchdruckerei von A. Überholz, Hauptstraße 61, Fernruf Nr. 128, rechte Seite; in der Sockenhandlung von G. Windfuhr, Wettinerstr. 8, Fernruf Nr. 445, linke Seite. — Schluss des Vorverkaufs:	
Sonnabend, den 18. September, nachmittags 4 Uhr.	
Ende . 7 Uhr. Anfang 10 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.	

Die Mitglieder werden an der diesjährigen

29. ordentlichen Generalversammlung

für Sonnabend, den 25. September d. J., nachm. 8 Uhr im Bahnhofsrathaus Brausif höchst eingeladen.

Zusageordnung:

1. Geschäftsbereich.
2. Vortrag und Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes.
3. Erteilung des Neingewinnes.
4. Wahlen.
5. Freie Enträge.

Inventur, Jahresrechnung und Bilanz liegen vom 12. September d. J. in dem Geschäftsräum eine Woche zur Einsicht der Mitglieder aus.

Erwähnte Urkäufe, welche zu Protokoll sollen, müssen bis zum 12. September d. J. schriftlich bei Herrn Oskar Grubel in Weißtheuer 5, Brausif eingereicht sein.

Brausif, den 11. September 1919.

Bejungs- und Abfallgenossenschaft Brausif

Oskar Grubel, Vorstand. Oskar Börner, Rechner.

Lastautos

Daimler 4/5 ps. ev. mit Anhänger M. U. G. 2 to fahrtfest am Lager Auto Held, Dresden-N. G.

Kaufhaus D. Morgenstern

Riesa s. G., Hauptstr. 39. — Telefon 313.

Einmaliges Angebot.

Nur solange Vorrat.

Einen Posten abwaschbare Hand-Schrägen, glatt 2.25, bedruckt 2.75	
Gr. 45 50 55	0.95 1.25 1.45
Gr. 45 50 55	2.75 3.45 4.25
Gr. 45 50 55	2.65 3.15 3.75
Gr. 1 2 3	1.95 2.25 2.45

Einen Posten Frühstückstabletten mit Druckknopf und Bügel,

glatt 28 Pf., bedruckt 38 Pf.

Hotel Höpfner

Sonntag, 14. September von nachm. 4 Uhr an

große öffentliche Ballmusik.

Hierzu lädt ergebenst ein W. Höpfner.

Kammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.

Die Todesfarm

nur noch heute.

Diese Aufgabe:

Ganz ohne Heiter geht die Show nicht!

Morgen Sonnabend abend 7 Uhr

neues Programm.

Vereinsnachrichten

Brigadeverein „Rösisch Silber“, Riesa. Sonntag, 14. 9., nachm. 2 Uhr Scheibenrätseln im Schlechtholz des Schlechtholz.

Männergesangsverein Gräbe. Sonntag, 14. Sept., Anfang nach Rösen (Krabentour). Abschluß Riesa 7 Uhr. Beteiligung aller aktiven und passiven Mitglieder mit Anhänger erwünscht.

Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Kriegsblinderblinden Deutschlands, Abtlg. I. Sonnabend, den 18. abends 10 Uhr im Volksbau Mitgliederversammlung.

Verteilung von Säwern. Vortrag des Kommandeur Alfred Siebig über: „Das Kriegsfürsorge-Invalidenamt“.

Hierzu ist das Erscheinen aller Mitglieder, sowie aller Kriegsbeschädigten unbedingt erforderlich.

Gle. vertr. Döster, 1. Vor.

Stenographenverein „Gobelsberger“ zu Gräbe.

Unser Anfänger-Kursus beginnt am Dienstag, den 16. 9., abends 8 Uhr im Vereinszimmer des Restaurants „Zur Wartburg“, Gräbe. Anmeldungen können daselbst noch bewirkt werden.

Der Vorstand.

Strehla, Elbe Fernsprecher Nr. 88 Zentralleitung

Hotel am Bohnholz Angenehmes Familien-Dekor. Seitenpreis. vorz. volk. Nähe W. Biere — Gute Weine, Aufspannung.

Braunkohlen-Ansage für Riesa-Land Sonnabend, den 18. 9., nachm. 3-7 Uhr je 2 Att. auf alle Nummern (Vuli) und je 2 Pakete Kohlenanzünder à 60 Pf. (Schätzfüller ohne Holzfeuer). G. U. Schulze.

Handwagen

in bekannter Güte empfohlen
Döllscher,
am Schloss.

Koch- und Einlege-Töpfe

Chüffeln und Nische in großer Auswahl

Clemens Beutig, Goethestr. 67.

Töpfe werden mit Druck umfasst von Obigem.

Wieder neu eingetroffen:

130 em Reitaleinen zu Bettlaken,
90 em Halbleinen, Hemdentrich, Nähstoff, Hemdenbartchen, bunte Taschentücher, Blumen, Untertassen, Herren- und Damekuklme, Kniebeinkleider, Damenbekleidung, Herren-Unterkörper und -Hosen, ferner gestickte Batiststrümpfen u. s. w.

Gurt Bogelmann Großbaulicher Str. 21, 2. kein Laden.

Morgen Sonnabend empfohlen

frischen Schellfisch

Georg Schneider, Kaiser-Franz-Joseph-Str. 3a.

Gothof Rautwalde.

Sonntag von nachm. 8 Uhr an starkbesetzte Ballmusik. Es lädt ergebnist Östler Paul.

Bahnhof Wülknitz Königslinde.

Sonntag, den 14. September abends 7 Uhr Monatsversammlung im Café Edelweiss, Rennweida. Wegen wichtiger Tagesordnung werden die Mitglieder dringend gebeten, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Wittenberg und Berlin: Baur & Winterlich, Riesa.

Redaktionssitz: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Kritiker Schmid, Riesa; für Ausgezeichnete Wilhelm Witterig, Riesa.

Nr. 211.

Freitag, 12. September 1919, abends.

72. Jahrg.

Eine Rede Scheidemanns.

Der frühere Ministerpräsident Scheidemann hielt am Donnerstag abend nach seiner Rückkehr aus der Schweiz in Riesa eine Rede, in der er nach den Worten R. R. u. a. ausführte:

„Ich habe allezeit in meinem Leben die Konsequenzen meiner Überzeugung gesogen und bin entschlossen, auch fernerhin so zu verfahren.“ Präsident des Reichsministeriums zu bleiben vermochte ich nicht, weil ich dann eine Handlung hätte begehen müssen, die im Übereinklang gestanden hätte zu dem, was ich im Monat vorher im Auftrage des Ministeriums als die Überzeugung und Absicht der Reichsregierung aller Welt verstandet hatte! Meiner Meinung nach muss jede Regierung durch ihre Handlungen beweisen, daß sie Mensch das Recht hat, an ihren Worten zu zweifeln. Nur so kann eine Regierung Vertrauen sich erwerben und erhalten. Ja muß Ja! – Rein unter allen Umständen Rein bedeuten! Nicht mehr und nicht weniger! Als ich dann, nachdem ich fünf Jahre lang ohne eine einzige Erholungspause gearbeitet und meiner Gesundheit mehr zugemutet hatte, als selbst die robusteste Natur ertragen kann, nach der Schweiz gingen, um neue Kräfte zu sammeln für neue Arbeit, da begannen Völkerrungen zu munkeln, daß ich geslossen sei, daß ich große Summen in Sicherheit gebracht habe und vergleichende Dinge mehr. Geslossen? Vor nem? Große Summen? Wodurch? Es ist traurig, daß man von solchen Dingen überhaupt reden muß – wie tief steht das Geindel, das den politischen Kampf mit persönlichen Verdächtigungen und Verleumdungen führt.

In wenigen Wochen wird sich ein Jahr vollenden, seit die Sozialdemokratie in die Regierung eingetreten ist. Man hatte uns erst in einer Stunde des Vertrauens auf das Sterbebett des alten Deutschland geholt, nachdem man vier Jahre lang beharrlich unsern Staat mißachtet hatte. Die Revolution des November hatte uns eine führende Stellung verliehen, in der uns beide Rätekongresse bestätigten. Die Wahlen des Januar haben uns dann zwar nicht die Mehrheit gegeben, aber doch ein Ergebnis gebracht, das aller Welt zeigte, daß es ohne die Sozialdemokratie nicht geht. Eine Regierung, in der die Sozialdemokratie lebt, können sich heute nur die rechtskonservativen Katastrophenpolitiker denken, und tatsächlich würde die Bildung einer solchen Regierung – kommen sie von rechts oder von links – eine neue Katastrophe für unser unglückliches Land bedeuten. Eine Regierung von rechts bedeutet die Monarchie, eine Regierung von links bedeutet die sogenannte Rätediktatur. Beide sind ohne schwere innere Kämpfe nicht denkbar, beide würden Experimente darstellen, die mit dem Zusammenbruch enden müssten, beide bedeuten die Gewalt, Kommerz, äußerer Konflikt... Ich verlange von den Monarchen nicht, daß sie mit einem Male aufgeben, was den Geschäftshof ihres Lebens bildet, und bin, solange ich an leitender Stelle stand, ein ebenso entschlossener Gegner des Gehinnungszwanges gewesen, wie ich es jetzt noch bin. Ich verlange aber von diesen Herren, daß sie sich nicht in Gegenseitigkeit zu den lebendigen Interessen ihres Volkes, und daß sie nicht neue Ketten verabschieden, die unter an Leib und Seele erschüttertes Volk nicht mehr verträgt. Ich hege ein viel zu festes Vertrauen in den entschlossenen Willen des Volkes, als daß ich für Deutschland den Erfolg einer monarchistischen Gegenrevolution fürchten könnte! Die Novemberrevolution ist mit den Trägern und Vertretern des alten Regimes so großmütig verfahren, wie nie eine Revolution zuvor. Man hütte sich, diese Großmut noch einmal auf die Probe zu stellen.

Die deutsch-nationale Partei hat sich auf ihrem letzten Parteitag offen zur monarchistischen Staatsform bekannt. Eine politische Partei, die sich ernstlich die Wiederaufrichtung der Monarchie zum Ziel setzt, befindet damit, daß sie die bestehende Verfassung und die bestehenden Gesetze nicht zu respektieren gewillt ist, sondern auf die nächste Gelegenheit lauert, sich mit Gewalt über sie hinwegzusegen! Kein Staat kann daraus verschonen, den Rechtsstaat zu abhängen.

Dem Oberst Reinhart ist öffentlich der Vorwurf gemacht worden, daß er der Monarchie vorarbeite, daß er gesagt haben soll: Esberger sei ein Lump! Die Regierung sei Gefindel. Oberst Reinhart – der leider vielfach mit dem lokalen Kriegsminister Oberst Reinhart verwechselt wird, sagte weiter: im Augenblick habe ich nur für Ordnung zu sorgen; im Augenblick sei an die Wiedereröffnung der Monarchie nicht zu denken. Summa summarum: der Führer in Berlin, der die militärische Macht der Regierung repräsentiert, beschimpft die Regierung in wildester Weise und gibt ziemlich unverhohlen zu, daß er für die Monarchie eintreten wird, sobald er die dazu erforderliche „Ordnung“ hergestellt hat. Das ist ein unmögliches Sutzen! Daß Oberst Reinhart bis zum heutigen Tage sein Kommando führt, ist eine Tatsache, die blauäugig eine Situation beleuchtet, die unerträglich ist. Hat die Regierung nicht die Macht, diesen Mann von seinem Posten zu entfernen? Dann wäre tatsächlich Herr Reinhart der Roste, der über die militärische Macht verfügt. Roste aber nur der Inhaber einer papierenen Vollmacht. In dieser Frage darf niemand den Kopf in den Sand stecken! In den Käfern wird nicht nur offenkundig die Propaganda getrieben, es wird auch in Südböhmen gemacht und Vögromskimung erzeugt! Der Antisemitismus war allezeit das bequeme Mittel für reaktionäre Zwecke! Die reaktionären Präzessier werden heute, wie sie es früher getan haben, nicht lügen, daß sie das Volk entreden und die Monarchie wieder einführen wollen! Sie werden auf die Juden schimpfen, die Vergehen Einzelner veralgemeinern und dann mit den auf den antisemitischen Lehrlingen gefangenen Unabhängigen ihre reaktionären Pläne zu verwirklichen suchen.

Die Regierung von rechts bedeutet die Monarchie, sagte ich, und damit den Bürgerkrieg. Die Regierung von links bedeutet die sogenannte Rätediktatur und damit ebenfalls den Bürgerkrieg! Ich sage die sogenannte Rätediktatur, weil es eine wirkliche in der ganzen Welt nicht gibt, auch in Rußland nicht! Es ist ein Märchen aus lange entchwunden Zeit, daß Rußland von gewohnten Vertretern der Arbeiterklasse regiert wird, und daß das, was in Rußland geschieht, Ausdruck des Willens der Arbeiterklasse ist. In Rußland bereitet die nackte Despotie einige Führer, die weder durch eine allgemeine Volksvertretung, noch durch die Presse kontrolliert werden. Das ist ein System, das sich das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse seine 14 Tage lang gefallen ließe.

Wer will seine Führung in Deutschland? Alle bürgerlichen Parteien lehnen es ab, die Sozialdemokratie lehnen es ab, und selbst die Unabhängigen sind in dieser Frage gespalten. Was die Unabhängigen wollen – außer uns Sozialdemokratien zu unterstützen – ich meine, was sie positiv wollen, und was sie tun würden, wenn sie an der Regierung wären, das weiß ich nicht. Seien Sie an Bauer, an Röhrs, an Rosseks Stelle einen anderen So-

zialdemokraten ein, er habe, wie er wolle, und Sie werden das unabdingbare Gesetz von der meidvollsten, arbeiterverachtenden Regierung wieder hören! Ich gebe noch einen Schritt weiter und sage: Machen Sie heute einige vierzehn Tage dauern, daß sie angefallen werden, wie ich angefallen worden bin, wie Bauer jetzt angefallen wird. Was sie unmöglich macht, das ist auf der einen Seite die Notwendigkeit des Handelns, in die sich jede Regierung, sie heiße, wie sie wolle, verzettelt sieht und auf der anderen Seite das Unvermögen, diese Notwendigkeit zu begreifen, oder der böse Wille, der sich absichtlich ihr gegenüber blind stellt. Auch der Sozialismus kann nur allmählich helfen und er muß sehr vorsichtig vorgehen. Jeder politisch geschulte Arbeiter weiß genau, daß man aus einer kapitalistischen Gesellschaft nicht im Handumdrehen eine sozialistische machen kann. Bauer sagt: „Sozialismus ist angewandte Wissenschaft!“ Was die Unabhängigen und Kommunisten predigen, ist nicht Sozialismus, denn es ist nicht Wissenschaft, sondern Abglauben, mit dem sie hausieren gehen im Vertrauen auf die Unwissenheit der Massen!

Es ist leichter, die Einigkeit zu zerstören, als sie wieder herzustellen. Das haben wir auch bedacht, die wir im Juni unsere Kämmer verliehen, weil die Fraktion in einer wichtigen Frage anderer Meinung war als wir. Die Frage der Unterzeichnung der Friedensbedingungen war vielleicht nicht weniger verhängnisvoll als die Frage der Genehmigung der Kriegsabrede! Ein Teil der Fraktion, zu dem ich gehörte, war der Meinung, daß dieser Vertrag nicht unterzeichnet werden dürfe, und er hoffte, – wie ich sagen darf auf Grund sehr wichtiger Berichte aus dem Auslande – daß einige Wochen der Weigerung genügen würden, um eine gründliche Revision des Vertrages durchzuführen! Der Friedensvertrag hat uns zu einem Slavenvolke gemacht. Man hat uns Pflichten und Lasten auferlegt, die kein Deutscher für erfüllbar hält, dagegen hat man uns im eigenen Lande redlich gemacht. Was wir in unserer Verfassung schreiben, macht Herr Clemenceau von seiner Zustimmung abhängig. Einen solchen Vertrag wollte ich nicht unterzeichnen! Der andere Teil, der erst die Würde war, aber bald zur Mehrheit wurde, war anderer Meinung. Wir haben beide mit dem Aufruf aller Kräfte gekämpft, um unserer Überzeugung zum Siege zu verhelfen; die Anhänger der Unterzeichnung stiegen und wir Gegner blieben in der Minderheit. Wie haben daraus die demokratischen Konsequenzen gezogen und haben uns, obwohl es uns nicht leicht antum, der Mehrheit gefügt. Ich habe mich demokratisch in diesem Falle gefügt, wie ich es getan habe im Falle des Preußisch-Württembergischen Friedens; auch gegen den bin ich mit Entscheidlichkeit in der Fraktion aufgetreten! Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, will ich klar und deutlich hinzufügen: Ich selbst hätte den Vertrag niemals unterschrieben; nachdem er aber unterzeichnet worden ist, müssen wir bemüht sein, die eingegangenen Bedingungen zu erfüllen. Viel besseres Leid wäre der Arbeiterklasse erwartet geblieben, wenn diejenigen Unabhängigen damals, als sie noch untreue Fraktionstollegen waren, ebenso gehandelt hätten, wie wir es getan haben! Ich sehe jetzt nicht ohne Sorge, wie sich die vorläufigen Grundlagen, auf der die Regierung steht, durch das Ausscheiden der Demokraten verengen. Ich halte die gegenwärtige Parteikonstellation weder für glücklich, noch für dauerhaft! Wenn wir nicht allein regieren können, ich meine: wenn wir nicht eine Arbeiterregierung bekommen können, zu der die ganze Arbeiterklasse Vertrauen hat, sondern auf die Aktionierung bürgerlicher Parteien angewiesen sind, so halte ich es für gut, wenn zwei bürgerliche Parteien vorhanden sind, die in gewissen Fragen sich gegenseitig die Wage halten, so daß wir wenigstens nicht einem einseitigen Druck ausgesetzt sind. Arbeiterklasse, Sozialismus, Demokratie, das ist das Heil, das wir wieder aufrichten, heute wie immer. Das ist die alte Sturmfahne der sozialdemokratischen Partei.“

Die Rede Scheidemann wurde oft durch die Unabhängigen gestört, von denen drei Redner austreten, die Scheidemann den Vorwurf machen, er habe sich mit den Nationalen verschwärt und sei selbst ein Kuppelbattert gewesen. Scheidemann gab dann in einer zweiten Rede eine Erklärung Bethmanns ihm und Haase gegenüber im Dezember 1914 bekannt, die nach Scheidemanns Wörtern bisher noch nicht veröffentlicht worden ist. Der Reichskanzler sagte: „Wenn es Ihnen gelingt, gemeinsam mit den Sozialisten in Frankreich und England für den Frieden zu wirken, bitte tun Sie das“. So brachte nur ein Kanzler, der damals wenigstens noch vom deutschen Verteidigungsstreit überzeugt war. Scheidemann fuhr fort: Was die Unabhängigen und Spartakisten jetzt tun und wollen, führt, wie in Rußland, nur zum Banditentum. Was die Revolution erreicht hat, die Demokratie, das wollte er ohne die Revolution erreichen und ohne das elende Blutvergießen, das sie mit sich gebracht hat. Die sich jetzt geltend machende Reaktion legte erst ein, als die Taktik der Unabhängigen und Spartakisten die Einigkeit der Arbeitermassen zerstört habe. Der Geheimdienst in Würzburg sei ein Schandfest der deutschen Revolution. Eine Gemeinschaft mit den Kommunisten sei für die sozialdemokratische Partei unmöglich – Mit überzeugender Mehrheit wurde schließlich eine Entschließung angenommen, die dem Abgeordneten Scheidemann ein Vertrauensvotum erzielte.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der frischere Kronprinzessin ist vom Staate als ständiger Wohnsitz Schloß Dörs zugewiesen worden.

Zu Oberschlesien ist alles ruhig. Es wird überall gearbeitet. Die Tagesschloßförderung steht über dem Durchschnitt der Förderung vor dem Streit. Sie betrug in den letzten Tagen täglich durchschnittlich über 90.000 Tonnen. – Den Vernehdienst nach ist eine Note der Entente betreffend Oberösterreich in Berlin eingegangen, die den Willen der Entente zu einer durchdachten objektiven Haltung erkennen läßt. – Die Meldung über eine Beleidigung Oberösterreichs durch alliierte Truppen trifft nicht zu. Auch von einer Beleidigung des Ruhrkohlenreviers durch die Entente kann nicht die Rede sein.

Die Vornahme der Wahlen des Reichspräsidenten und des Reichstages hängt von der zunächst zu beobachtenden Verhandlung ab, die möglichst schnell der Nationalversammlung vorgelegt werden sollen.

Das Reich übernimmt die einzelstaatlichen Kriegsschulden. Wie bekannt, hat Preußen gegenüber dem Reich den Anspruch erhoben, daß das Reich für alle aus dem Kriege der Einzelstaaten entstehenden Schulden aufzutragen habe. Wie wir dazu erfahren, wurde von der Reichsregierung dieser Anspruch einstimmig als begründet anerkannt. Eine dahingehende Erklärung der Reichsregierung wird in Kürze zu erwarten sein.

Die „R. R. R.“ bemerken hierzu: Als selbstverständliche Konsequenz dieser Haltung darf wohl auch die Übernahme der reinen Kriegsschulden der Gemeinden durch das Reich erwartet werden.

Die Beleidigung der russischen Kriegsgefangenen hat die Heimsuchung der russischen Kriegsgefangenen hat der Reichswehrbehörde Preußen am 24. August 1919 folgendes Schreiben angeliefert: Die interalliierte Kommission erachtete alle jetzt in Deutschland befindlichen Russen, die den Wunsch haben, nach der Heimat zurückzutreten, und die nicht in den Listen deutscher Gefangenennager geführt werden, Name, Beruf und Adresse, auch die russische Heimatadresse, der interalliierten Kommission für die Heimsuchung der russischen Kriegsgefangenen, Personalabteilung Berlin NW 40, Wollfstraße 1 schriftlich aufzugeben. Die interalliierte Kommission wünscht darüber keinen Zweifel zu lassen, daß sie, obwohl sie um Angabe obenerwähnter Einzelheiten bittet, keine Gewähr dafür übernehmen kann, zu welchem Zeitpunkte die Heimkehr einer bestimmten Person stattfinden kann, da die Zahl derjenigen, welche heimkehren wollen, sehr groß ist im Vergleich zu dem zur Verfügung stehenden Schiffstrauum.

Verbot der Glücksspiele. Eine Verordnung des Oberbefehlshabers Roste, die am 11. dieses Monats in Kraft tritt, verbietet das öffentliche Glücksspiel sowie das Glücksspiel in Vereinen.

Die Wahlen im Elsaß. Wie der „Tempo“ aus Straßburg meldet, hat der Sozialistenvorstand im Unterwahlkreis am Sonntag mit 16 gegen 14 Stimmen beschlossen, eigene Kandidaturen bei den bevorstehenden Wahlen zur Deputiertenfammer aufzustellen und jedes Zusammengehen mit anderen Parteien abzulehnen. Unter den Kandidaten befinden sich Peeters, der frühere Wehr Aboordnete Weill und der Gewerkschaftsleiter Imbs. Die Versammlung hat eine sehr scharfe Tagesordnung angenommen, in der die transalpine Militärrichtung in Elsaß-Vorbringen betont wird, die der „Tempo“ jedoch nur stichweise mitteilt. Immerhin ist es bemerkenswert, daß die elsässischen Sozialdemokraten es bereits für nötig halten, dagegen zu treten, daß die französische Großindustrie mit Hilfe der militärischen Befehlung die Hand auf die Bodenschätze des Elsaß legt und eine ausgiebige Ausbeutung unter Ausnutzung der deutschen Arbeiter betreibt.

Der Badische Bahnhof in Basel wird nicht von Frankreich übernommen. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Wie bekannt, wird der badische Bahnhof in Basel am 14. September von der badischen Eisenbahnverwaltung wieder in Betrieb genommen, nachdem hierüber am 2. September eine Vereinbarung mit der Schweiz stattgefunden hat. Damit erleichtert sich eine von einer oberbadischen Zeitung gebrachte Meldung, wonach Frankreich sich anstrebt, den badischen Bahnhof in Basel als einen Teil der deutschen Kriegsentschädigung zu übernehmen und gegen Ablösung von Verpflichtungen, die Frankreich gegenüber bestehen, der Schweiz zu übertragen. Eine derartige Manipulation, die übrigens im Friedensvertrag keine Stelle findet, würde mit den zwischen beiden und der Schweiz vereinbarten Verträgen in grollem Widerspruch stehen.

Hinke gegen Ludendorff. In der „Volkszeitung“ veröffentlicht der frühere Staatssekretär des Außenwesens v. Hinke einen Artikel über seine Beteiligung an den Vorgängen anlässlich des Waffenstillstandsangebotes. Der Verfasser erklärt darin unter Verufung aus seiner Schrift „Die Begründung des Waffenstillstandes“, er habe, als er Ludendorff Mitte Juli 1918 die formale Freigabe vorlegte, ob er sicher sei, mit der jüngsten Offensive den Feind entscheidend zu besiegen, ein bestimmtes Ja zur Antwort erhalten. Dies sei die Grundlage seiner Politik bis zu den ersten Augusttagen gewesen. Gegen den 17. August habe ich Ludendorff erklärt, er bestehe diese Sicherheit nicht mehr. Diese von ihm als dienstlich angesehene Mitteilung des Generals habe die Unterlagen für die Politik von Grund aus geändert. Ludendorff habe im Konsrat am 14. August nichts von der Kriegslage gesagt, sodass er gewusst war, die Meldung über die schwedende Sicherheit unter Führung des Chefs des Generalstabs der Feldarmee als Quelle selbst vorzubringen. Hinke bestreitet ferner die Wahrheit der Behauptung Ludendorffs, dieser habe Hinke gegenüber die Notwendigkeit einer Verhinderung des Krieges auf diplomatischem Wege betont. Er beruft sich auf das Zeugnis des Kriegsministers v. Dertling, wonach weder im Mai, noch in der ersten Hälfte des August an diesen Vater von der Obersten Heeresleitung die Wahlung ergangen sei, unter Verzug auf irgendwelche Kriegsziele an den Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken. Die Ernährung zu einem Friedensangebot sei nicht erachtet worden. Auch der Reichskanzler habe betont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser heißt jetzt, daß durch seine Antworten auf die Anfragen des Reichskanzlers betreffs der Kriegslage Ludendorff den Eindruck hervergebracht habe, als ob die Oberste Heeresleitung am Friedensschluß zu denken.

Die zweite „Schrift“ ist, wie der Name es aussieht, bei der Einzutritt dichten Versteck, wie sie bei den norwegischen und schwedischen, ja auch den schwedisch-norwegischen Charakteren entstiebe. — Die Siedlung hat lange vor dem Zusammentritt der konfessionalen Verbände, also mit den Varianten, die auf den Höhen der Bergketten des Kammwald und Gletscher liegen, in Bewegung zu treten. Auf Grund dieser neuen Informationen und auf Grund einer ausgiebigen Erörterung wird dann bestimmt, was für den Anfang des November in Aussicht gestellt werden kann, eine Entfernung fallen.

Die Universität der Untertanen. Das Wieder-
kommen melde ich erst am 10. September, hab bei
der Oberste Rät über die Unioort auf die berufliche Rolle und
Zwecke und die Herstellung des Geltungsbereiches der
beruflichen Ausbildung bestanden hat. Er kam zu der Me-
nung, daß die beruflichen Bürgerrechten unverzichtbar sind und
dass die berufliche Regierung bevollmächtigte Vertreter nach
Weltfach schickt, die einen Beruf unterstützen, in
dem alle Räte für berufliche Ausbildung, die mit dem
Beruf von Berufsschule unvereinbar sind, für null und
nichtig erklärt werden. Dieses Urteil soll ebenso, wie
der Besitz, von der Nationalversammlung ratifiziert wer-
den.

Die Wiederbetzung der Verfassung kommt nicht in Frage. Eine Bevestigung der "Nationalversammlung" vom 10. April 1919 ist dabei aufzufordern, daß ob die Reichsregierung beauftragt, die Nationalversammlung zwecks Wiederbetzung des Art. 61 der Verfassung einzuberufen. Es bedarf kaum des ausführlichen Ausrohrs darauf, daß diese Maßnahme unwirksam ist. Die beständige Regierung hat bekanntlich in ihrer Zusammensetzung auf die Abstimmung in bindender Form festgestellt, daß der Art. 61 Art. 2, um den es sich handele, die zur Umwidmung des Heerabandes auf Grund des Art. 176 der Verfassung als feindlos zu betrachten ist, und daß demnach eine Wiederbetzung der Verfassung nicht in Frage kommt. — Hanno meldet: Esch ist nach Koblenz abgereist, um die militärischen Maßnahmen gegen Deutschland zu leiten. Der "Tempo" meint: Drei französische Armeekorps stehen zur Durchführung der Sorderung der Verbündeten zur Verfügung ready am Rhein.

Die Regierung gegen Lubendorff. General Lubendorff nimmt in seiner Verteidigung bei G. Mittler u. Sohn erzieltenen Weisbüchre Bezug auf das amtliche Weisbuch und sucht den Inhalt dieses Buches dadurch zu erläutern, daß er behauptet, es wären Unterstellungen und Interstellungen vorgenommen worden. Wie hierzu von Regierungsseite mitgeteilt wird, ist das Altemmaterial absolut authentisch-automatisch abgedruckt worden. Es wird mit aller Unzweckhaftigkeit festgestellt, daß irgendwelche Veränderungen oder Unterstellungen nicht vorgenommen worden sind. Collie hier und da vielleicht etwas vergessen worden seien, so wird es nachgeprüft werden. Lubendorff beschwert sich weiter über die in dem Weisbuch vorgenommenen Sperrungen, die in dem Altemmaterial nicht vorhanden sind. Hierzu wird uns mitgeteilt, daß diese Sperrungen vorgenommen worden sind, um dem Verleger zu zeigen, worauf der Ton für die Veröffentlichung liegt. Objektiv ist die Särtung durchaus notwendig gewesen und es ist deshalb nicht einzusehen, warum Lubendorff hieran Anstoß nimmt. Weiter hat Lubendorff in dem Vorwort der gesetzlichen Angaben des Weisbuchs und der vollständlichen Abgabe, die im Verlag Dietmar Hobbing erschienen ist, Abweichungen festgestellt. Hierzu ist zu sagen, daß im Absatz des Vorwortes der amtlichen Abgabe einige Korrekturen vorgenommen worden sind, die anscheinend bei dieser der vollständigen Ausgabe gemacht hat.

Bruder der vollständlichen Wiedergabe vergessen hat.

Beispiel eines deutschen Kriegsgefangenenlagers. Major Draut, der Vorsitzende der deutschen Hauptkommission für Kriegsgefangene bei der Friedenskonferenz in Versailles, hat gestern im Begleitung des englischen Hauptmanns W. G. Hinschel Wood von der alliierten Militärmission in Versailles dem Kriegsgefangenenlager von Boulogne erstmals einen Besuch abgehalten. Major Draut hat unsere Kriegsgefangenen in guter Verfassung, gut aussehend und zufriedenstellend gesehen, angekrochen. Das erste Wiedersehen der Kriegsgefangenen mit einem Vertreter der deutschen Heimat hatte sie wohlmäßig gestimmt. Jedoch fand Major Draut unendlich viel Interesse bei den Kriegsgefangenen für die zedigen Zukunft in Deutschland. Er wurde mit Fragen bestürzt. Sie wollten wissen, wie steht es mit der Heimat, wie steht es die deutsche Zukunft dar. Major Draut kannte in kurzen Zügen den Entwicklungsgang vom alten zum neuen Deutschland schärf und feststellen, daß nicht zum wenigsten die wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes den meisten Kriegsgefangenen am Herzen lag. Das gab Muth, das Hoffnung aufzubrechen, daß die deutsche Jugend, die in Feindseligkeit schwer gelitten hat, in die Heimat zurückkehren, daß ernste Befreiungen haben werde, mitzuarbeiten an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. — Nach dieser Wiedergabe ist ein großer Teil der deutschen Kriegsgefangenen bereits seit acht Tagen in den Sammellagern zusammengezogen. Auslassungen im „Domme Libre“ und „Journal“ lassen annehmen, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich immer noch von der vorbereitenden Erfüllung der Arbeitserlaube für die Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich abhängig gemacht wird.

auszubauarbeiten in Norddeutschland abhangig gemacht wird.
Die diplomatische Vorgesetztheit des Krieges
ges. Kaut „Boll. Blg.“ hat das Reichsministerium bei
Prof. Wendelsohn-Bartholdi in Wiesbaden, den General-
Grafen Montgelas und Professor Schulting beauftragt, die
Bearbeitung der Urkunden über die diplomatische Vor-
gesetztheit des Krieges unter voller Benutzung des von
Herrn und Frau Rautsch gesammelten Materials zu bear-
beiten. Professor Wendelsohn soll die Urkunden über die
politischen Vorgänge in den letzten Jahren vor dem Kriege
gesammelt herausgeben, damit der Zusammenhang des öster-
reichisch-irischen Krisis, die zum Kriege geführt hat, mit
dem gesamten Komplex der Politik ersichtlich wird. Die
Arbeit des Grafen Montgelas wird sich auf die Dinge be-
ziehen, die sich mit dem Augenblick der russischen Gesamt-
mobilmachung entwickelten. Prof. Schulting wird die dia-
politischen Verhandlungen zwischen dem Word von Cetacewo
und der russischen Gesamtmobilmachung bearbeiten. Die
Urkunden sollen möglichst beschleunigt werden, da am
28. September der parlamentarische Unternehmungsanschluß
seine Tätigkeit aufnimmt.

Berücksichtigung der Anfangsschüsse. Das Einzige, worin seit Abbruch des Friedens ein merkbare Preisrückgang eingetreten ist, sind die Textilwaren, vor allem die Bekleidungsbranche. Während noch um Weihnachten ein einigermaßen anständiger Herrenanzug nicht unter 1000 Mark zu haben war, sollen jetzt die Geschäfte eine reiche Auswahl von Herrenanzügen aus, deren Preis für einen guten Anzug zwischen 800 und 600 Mark schwankt — ein weiterer Preisabfall ist für die nächste Zeit zu erwarten, wenn nicht einer ein Großteil in der Bekleidungsbranche diese Hoffnung wieder verwirklicht. Nach einer Meldung aus Bremen hat die Einfuhr von Baumwolle aus Amerika wieder begonnen. Dieser Krieg ist ein amerikanischer Kämpfer aus Galveston mit 10 000 Fässern Baumwolle in Bremen eingeschossen. Weitere Schiffe mit gleicher Ladung werden erwartet. Da zu gleicher Zeit wieder glänzende Nachrichten über Creditserhöhungen amerikanischer Großkundschaften an deutsche Firmen anlaufen, ist zu erwarten, daß es der deutschen Bekleidungsindustrie bald schlecht sein wird, wieder hochwertige Güter zu attraktiven Preisen auf den Markt zu bringen. Die englischen Gewerken, die die Öffnung hofften, aber das besagte Gesetz, ohne Gewerkschaft und Arbeitgeberseite am Sonntagabend im letzten Treffen bei dem ungewöhnlich verhandelten

... und der brasilianische Schriftsteller Ruy Barbosa erkannte großen Wert.

Witterungsarbeit in dem Eisenbahnunterhaltungen. Die seit einigen Tagen im Betriebsverhältnis befindlichen Bestreiter der Witterung und Wasserdichten Eisenbahnerwerke ordnen Befehlungen aus, die bis zum Ende des Dienstes bestehen. Der Eisenbahndienstleiter hat ein Witterungsprogramm ausgearbeitet, das zur Durchführung gelangen soll. Der Vertreter der Eisenbahnverwaltung kann den Befehl aussetzen, wenn die Ausführung des Witterungsplans gelungen. Der Allgemeine Eisenbahnerverband, der insbesondere eine Beschäftigungsabsicherung einverstanden hat, steht auf dem Eisenbahnverband, daß man zwar prinzipiell dem Witterungsplan nicht entgegenkönne, daß aber in einigen Verhältnissen die Witterungsarbeit probeweise für drei Monate eingeführt werden soll.

1. Griech erkennt die benötigten Gelder in 100 Millionen. Der Untergang Österreichs hat einen Griech überzeugt, daß weiterhin die Gelder und Goldreserven eines Staates nicht ausreichend sind, die nicht in einer Gemeinschaft der Nationalstaaten Republik des Deutschen Reichs liegen. Unter Griech steht das genannte siebzehn deutsche Staaten, deren Griech entschlossen in Deutschland über Deutsch-Ostpreußen bestreitbar sind.

2. Gegenstand des Wunders. Wie aus Voraus gewußt wird unterstreicht der Finanzminister der Nationalversammlung Griech gegen den Wunder mit Gedankenstein und Webstuhlstein. Danach können die Geldstrafen den Betrag von zweit Millionen Kronen erreichen. In schweren Fällen kann das ganze Vermögen konfisziert werden. Wenn in einem Staate die Strolie so versteckt werden, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gehörte würde, kann der Staatsrecht verhindern werden.

Generalkreis.
Der Generalkreis in Marseille. Eine Versammlung der Hocharbeiter in Marseille hat den Vorstoss der Unternehmer endgültig abgelehnt und sich dem Generalkreis angegeschlossen. Die Debatte über den Friedensvertrag. In der Sitzung des französischen Kammers am 9. 88. Mitt. über die Ratifizierung des Friedensvertrages sagte der Abgeordnete Louis Dubois, wie der "Temps" hervorhebt, folgendes: Nach einigen Jahren können einige unserer jetzigen Verbündeten ein materielles Interesse, ich sage nur moralisches und nicht ökonomisches Interesse daran haben, das wir nicht bezahlt werden. Geschäftliche Verbindungen werden sich zwischen Deutschland und unseren Verbündeten viel leichter als zwischen Deutschland und uns aufreihen. Unsere Männer sind auf alle Fälle viel eher in der Lage, Geschäfte mit Deutschland zu machen als wir. Aber es ist klar, daß die, die mit Deutschland Geschäfte machen, bezahlt sein wollen. Je mehr Südbogenfreiheit Deutschland haben wird, umso seltener wird es bezahlen können. Es kann also wohl der Fall eintreten, daß nach einigen Jahren eine gewisse Ungenügsamkeit bei Interessen zwischen den Männern von heute vorhanden sein wird.

England.
Jahresauftreten für die englischen Diplomaten. Der Londoner Korrespondent des "Manchester Guardian" berichtet von einem diplomatischen Rundschreiben der englischen Regierung an ihre Gesandten und Attachés im Nachland, wosin die Haltung eines Diplomaten im Verkehr mit Deutschen sämtlichen Personen vorgeschrieben ist. Die Instruktion lautet kurz zusammengefaßt: Geld vorbehaltl. zuverfassend, doch pflegt keinerlei geselligen Verkehr. Die englische Regierung soll in Berlin vorerst durch einen Gesandtschaftsträger vertreten sein; doch wird die Höflichkeit bald wieder ganzlich hergestellt werden. Der neue englische Gesandtschaftsträger soll eine Verständlichkeit sehn, die früher keinerlei Beziehungen zu Deutschland hatte.

Zuletzt von den Polizeiwällen genommen. Die „Kinos“ meldet aus Ostf., daß die Molen Truppen Esboisse besetzt haben. Stato Agenten sind eifrig bestrebt, die Bewohner zum Aufstand zu bewegen. Die Soldaten stehen jedoch der Regierung treu. Die Polizeiwällen haben in Somera eine neue Heeresgruppe gebildet. Allen Polizeiwällen Verbündet ist der Befehl ertheilt worden, Vorbereitungen für die Beförderung von Truppen und Material von der untenen Molen nach Centralia zu treffen.

Amerika.
Das Ergebäud der Weizenernte. Dem „Aig. Handelsbl.“ zufolge wird die Weizenernte in den Vereinigten Staaten auf 928 Millionen Buschel geschätzt oder 6 Millionen Bushels mehr als im letzten Jahre und 122 Millionen mehr als der Durchschnitt der Ernte in den letzten 5 Jahren.
Amerikanische Truppen für Armenien. Wie das Pressebüro „Radio“ meldet, hat Wilson im amerikanischen Senat beantragt, Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Armenien zu schicken.

Der Streit um den Friedensvertrag. Das Staatsliche Bureau meldet aus Chicago vom 10. ds Wts., daß dort der republikanische Heilzug gegen die vorbehaltlose Manifestierung des Friedensvertrages mit einer Reihe des Senators Johnson eröffnet wurde, der Wilsons mäßige und runde Kritik zurückwies. Die Senatoren Vorosh und Mc. Cormick haben ebenfalls Reden gehalten. — Wie das Presseblatt „Radio“ meldet, wurde der deutsche Friedensvertrag vorgelesen mit einem 6 Seiten langen Bericht vom Ausdruck für auswärtige Angelegenheiten dem Senat vorgelegt. In diesem Berichte wird gesagt, daß die Abänderungsansätze und Vorbehalte beim Amt verfolgen, die amerikanische Unabhängigkeit und Souveränität zu wahren, und daß damit der Wohlstand der Menschheit am besten gebebt sei. — Nach einer ergänzenden Neuerzählung aus Washington mußte der Friedensvertrag mit Deutschland zusammen mit dem Völkerbundevertrage dem Senat mit 45 Abänderungen und vielen Vorbehalten unterbreitet. Die Vorbehalte bezüglich des Friedensvertrages lehen das unbedingte Recht des Austritts aus dem Bunde vor und schlagen vor, daß die Vereinigten Staaten es ablehnen sollen, die sich aus dem Art. 10 ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen. Die Hauptabänderungen fordern, daß Amerika dieselbe Stimmzahl habe, wie Großbritannien und Chancery an China, soll an Japan, geben werden.

Gretz der Schauspieler. Die Schauspieler in Holden sind in den Rückstand getreten. Den Truppen ist der Befehl ertheilt worden, sich bereit zu halten, um unverzüglich der insoweit bei Vollstreckung um so gewissenhaften Gefangenengefahr entgegenzutreten. Artillerie Lösen sind gepulvert worden. Kleinere Ausbreitungen nehmen an Zahl zu. Der Schaden beträgt über 300 000 Dollar. Es wird gemeldet, daß während der Nacht Frauen angegriffen wurden. Der Oberst führtte durch die Straßen, drang mehrere Verleid- und Theatervorstellungen ab, plünderte die Kosten und löste zügeloße Verhaftung. Mehrere Personen wurden durch Gewisse und Drescherhaken verletzt. Ungefähr 200 Verhaftungen werden von der jüdischen Polizei vorgenommen. — Zum "Dienstag" folgte wie aus Newark gemeldet, daß die Bergarbeiterkonvention beschlossen hat, einen am 1. November bestimmten allgemeinen Streik zu empfehlen, falls die Wahl keine Einigung ergibt etc.

Nebenstehende Denkschriftserfassung. Den Konsolidierern aufgezeigt welche die "Times" aus Gesichts- und die Industriellen Union die Herstellung Denkschriften verhindern wünschen habe. Sie steht als solches Gegenstück zur Gesetzesvorlage und Gesetzgebung.

Die Freiheit der Geldeinrichte.

Diese Zahlen der Kosten-Inserktionen verdeutlichen, bei jedem österreichischen Minister eine Deutlichkeit über die Wirkungsweise des Kredit- und Gläubigerwesens bis zum 31. März bestimmen. Das Gesamtbudget kann nach den Auswertungen der Steuerbüro der Statistikamt: „die Ergebnisse sind noch nicht vollständig.“ Und das vollen Budget von Österreich wird vermutlich die Ergebnisse bestätigen, da die Ausgaben für die Haushaltswirtschaften 1934 um 24 Millionen Kronen, für die Haushaltswirtschaft um 8 Millionen Kronen, aufgewachsen um 25 Millionen Kronen. Diese Summe gliedert sich in folgende Gläubigerarten: a) Rente, die sie ist im Sinne der Ausgaben des Haushaltswesens für den Personalkosten und Dienstleistungen der Staatsbeamten, zum 18. Millionen Kronen, b) Abgaben durch Sozialversicherung, höherer Gehaltsniveau, Ausgaben für Rentenversorgung und andere nicht privaten Dienstleistungen sind 27 Millionen Kronen, c) Beihilfe durch wiederaufzufüllende Finanzierung über Verschuldung von Österreich sind 50 Millionen Kronen, d) unverrechnete Gehaltskosten 2 Millionen Kronen.

Bei der Bewertung sind für diesen Zeitraum als fiktiveinbare Wiederaufbau angesetzt: 3 175 bis 3 185 Mill. Der Wert der Körperschaften liegt dabei die Gefangenheiten auf einschließlich 10 Millionen Wert. Von den fiktivierenden Wiederaufbau werden 185 500 Wert als Wiederbau durch höhere Bevölkerung, für Verlustweide 1100, und 160 701 Wert als Verluste durch überordentliche Auswirkung oder Verschleuderung von Bevölkerung, 11 040 Wert als unverzichtbare Überfahrt-Konsolidierung. Bei der WkL wurde die Gefangenheiten von ungefähr 100 000 Wert eingeschlagen. Die Wehrmachtsstellen einer großen Anzahl von Städten haben für Einzelne der H. und G.-Städte ohne vorhandene Deckung gefallene Kosten zufließen, so in Braunschweig (8 Millionen), Helmstedt, Marsberg, Velen, Neustadt, Greifswald, Stralsund, Wittenberge und Lübeck. Bei anderen Inhalten haben, zum Teil unter Gewaltanwendung, Abgabungen stattgefunden: So mußten in Spenden-Scheck des H. und G.-Rates in Höhe von 200 000 und 600 000 Wert konzentriert werden, ferner in Südero, in Osnabrück (70 000 und 85 000 Wert), in Danau (80 000 und 70 000 Wert). In Saarbrücken wurde 1 Million vom log. Antendenten des H. und G.-Rates „abgenommen“. Dies Betrag wurde später durch die Ressort-Abbildungskommission Straßburg überwiesen. Technische Vorformen für werden aus Wittenberge, Marienburg, Wittenberge a. N. (74 007,20 Wert erprecht) Köln, Orsay (Vosges) gemeldet. Der Bericht zeigt, daß die Gelder größtenteils bei der Bevölkerung eingerichteten Soldatenräten auflossen und die Abhebungen späterhin durch die zuständigen Militärbehörden vereinbart worden sind.

verordnet werden und.
Die Mitteilung über die den Haubedstaaten enthandelten Kosten können auch ein vollständiges Bild nicht geben, vor allem, da einige von ihnen noch seinerlet zahlentzähltige Aufgaben gemacht haben, z. B. Bayern, Sachsen, Hessen, Braunschweig. Die mitgeteilten Kosten belaufen sich auf etwa 22 Millionen, wovon allein auf Preußen rund 18 Millionen entfallen. Wenn allgemein gewaltsame Eingriffe in öffentliche Kosten in Übereile gekeltert werden, so stehen dem nicht unerhebliche Erstattungsbauträger solcher Kosten an das Kriegsministerium gegenüber, die sich auf erzwungene Boblungen an Goldnotenrechte rütteln.

30. Deutscher Stellölver-Verbandstag in Dresden.

Um zweiten Verhandlungstag sprach zunächst Obermeister Schmid-Bauschert über "Kommu-nalisi-
erung der Fleischware". Er wandte sich ihrer gegen
alle Behauptungen der Sozialisierung und Kommunalisierung
der Nahrungsmittelwirtschaft, in denen er eine schwere Ge-
fecht für das gesamte Gewerbe erhielt. Den selben Stand-
punkt vertretet auch der Referent Herr Dr. Kappel vom
Gesamtverband für freie Nahrungsmittelwirtschaft, nach
welchen Aussführungen die Frage der Sozialisierung und Kom-
munalisation bereits keine Gewerbeleigenschaftsfrage mehr sei,
sondern eine politische Prinzip- und Machtfrage. Der Fleisch-
gewerbeleiter müsse die völlige Geschlossenheit aller Ge-
werbebetriebenden eingegangenen werden. Zur Erreichung
dieses Ziels habe der Fleischerverband eine Zentralstelle ge-
schaffen, deren Aufgabe es sei, den Kampf gegen die Kom-
munalisation und Gestaltung zu organisieren und mit
aller Entschiedenheit zu führen. Diese Zentralstelle sei der
Gesamtverband für freie Nahrungsmittelwirtschaft. Bereits
am 17. September würden in Berlin und anderen größeren
Städten des Reiches große Protestkundgebungen stattfinden,
um den Willen des Fleischers des Nahrungsmittelgewerbes
zum Ausdruck zu bringen. In der R.S.D.P. hielten anschließenden
Debatte erklärten die sämtlichen Redner mit den Ausführun-
gen der beiden Referenten einverstanden, worauf die Vers-
sammlung einstimmig eine Entschließung annahm, in der
sich sozialstaatlichen Gründen stammender Protest
gegen jede Form der Sozialisierung oder Kommunalisierung
des Fleischgewerbes erhoben wird. Es folgte ein Vor-
trag des Obermeisters Kießelbahn (Chemnitz) über die
Regelung der gewerblichen Arbeitsverhältnisse. Die Revolution habe ein Abkommen der Fleischer-
gelehrten nach Lintz gebracht. Bislang würden übertriebene
Forderungen gestellt. Der Referent möchte dafür den
sozialdemokratischen Centralverband des Fleischergewerbes
verantwortlich, wenn Unzufriedenheit sogar lowert ginge, daß
es Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband ablegte,
wenn zu diesen gleichzeitig Vertreter des wirtschaftsfried-
lichen Gesellenbundes einzugehen würden. Die Meister
müssten jedoch auf Wiederherstellung der Angestelltenver-
hältnisse bedacht. Der Centralverband sei der Totengräber des
Fleischgewerbes. Der Vorsitzende des Gesellenbundes
Hednow vertrittete sich ebenfalls über den angeblichen
Terror des Centralverbands, trat für ein Zusammengehen
von Meister und Gesellen ein und erlaubte den Verbandsitag,
sich zu fordern, daß zu allen Tarifverhandlungen Vertreter
des Gesellenbundes einzugehen werden. Beide Redner
erteilten lärmenden Beifall. Der Verbandsitag erklärte sich
mit den schon früher ausgeschickten Richtlinien für eine Re-
gelung des Arbeitsverhältnisses einverstanden. — Von den
weiteren Beschlüssen interessiert noch eine Resolution, durch
welche der Verbandsvorstand beantragt wird, bei den mög-
lichen Stellen dadurch vorzellig zu werden, daß neben sonstigen
Witterungen insbesondere einflussreiche Schlachthöfe und
ebenso Fleischvieh- und Organe, bei denen nur die juge-
ndlichen Gesellenfirmen getötete überzulöse Veränderungen
anstreben, dem soien Verzeich überlassen werden. — Zum
1. Verbandsvorstand wurde Sonnenschein (Rötha) einstimmig
wiedergewählt. Die Wahl des zweiten Vorsitzenden fiel auf
Kießelbahn (Chemnitz). Der bisherige zweite Vorsitzende,
Obermeister Kießelbahn, hatte und Gewerbeleistungen eine
Gliederung abgelehnt. — Mit der Wahl von Frankfurt am
Main als Ort der nächsten Verbandsversammlung erreichten die
Verhandlungen ihr Ende. Ein Dampferausflug nach der
Gärtner'schen Schule am Freitag wird den diesjährigen Ver-
handlungen beenden.

© 2004 Microsoft

Wertvollste Münzen. Das Reichsgericht hat gestern die Münzen des Arbeiters Eberhard Scherzer verurteilt, der am 19. Janu. zum Gewerbeamt Meiningen wegen Stochens in sechs Tüllen und schweren Raubes lediglich zum Zehn gesührt werden soll. Scherzer steht am 12. September 1918 im Arbeitsgericht des Landesgerichts Meiningen sowie am 21. August 1919 im Landesgericht Meiningen, letzter am 21. August 1919 im Landesgericht Meiningen zum Drei-